

Die Kreissparkasse forciert die Einrichtung von Girokonten. Bald besitzen alle Lohn- und Gehaltsempfänger ein Girokonto. Dabei wäre es volkswirtschaftlich betrachtet einfacher und billiger, wenn die Firmen zum Zahltag einen Scheck aushändigen würden. Dann kann jeder entweder den ganzen Betrag bar abheben oder sein Geld auf ein Konto einzahlen.

Jede Bank will leben, sich ausdehnen und verdienen. Geld soll teuer sein. Es gibt verschiedenes Geld. Der Giroinhaber hat nur billiges Geld. Warum wird der Zins nicht freigegeben? Dann würde sich rasch herauskristalisieren, wer gut wirtschaftet, wer die geringsten Unkosten herauswirtschaftet.

Der Arbeiter soll Vermögen bilden. Er soll also auf Konsum verzichten. Er kann prämiensparen. Dann zahlt das Finanzamt Geld auf das Sparkonto ein. Doch muß zuvor ein Antrag ausgefüllt und rechtzeitig eingereicht werden. Mancher verzichtet, weil er vergißt oder weil ihm das Ausfüllen des Formulars zuwider ist.

Warum ist der Arbeiter hinsichtlich Vermögensbildung zweitrangig? Andere Berufsgruppen sind vor dem Gesetz "gleicher". Auch der Arbeiter könnte über eine Einkommenssteuererklärung Vermögen bilden, wie es die Unternehmen tun. Hilft nicht gerade der Arbeiter das Sozialprodukt schaffen, von dem alle leben? Warum muß er brav und treu Monat für Monat Lohnsteuern zahlen, um erst im Jahr darauf eine Sparprämie zu bekommen?

Fast jeder Lohnempfänger reicht nach Jahresende den Jahreslohnsteuerausgleich ein. Jeder Betrieb kann investieren und Rücklagen ansammeln. Er zahlt nicht zuerst Steuern und erhält dann vom Finanzamt eine Prämie. Sind alle vor dem Gesetz gleich? Nein, es gibt Personen, die sind "gleicher".

Der Arbeiter sollte von seinem Einkommen das ganze Jahr über Geld auf ein Sperrkonto einzahlen können. Für dieses Geld sollte er zunächst keine Lohnsteuer zahlen müssen. Bei Abgabe der Steuererklärung kann dann das Finanzamt den Unterschied zwischen Lohnsteuer und Sparprämie zuschießen.

In Deutschland nennen sich die Parteien christlich, sozial und demokratisch. Sie sollen es auch sein. Sie sollen dafür sorgen, daß endlich alle Vermögensbildenden gleich behandelt werden. Es sollte nur eine Einkommensteuererklärung geben. Aber dazu bedarf es einer einfachen, klaren Steuergesetzgebung. Dann würden auch die steuerberatenden Berufe überflüssig. Diese hochqualifizierten Kräfte könnten in Industrie und Handel eine volkswirtschaftlich fruchtbringendere Tätigkeit finden.

Es wäre aufschlußreich, wenn die Statistik einmal feststellen würde, wie viele Steuerbeamte, deren Ausbildung der Staat zahlt, zu den steuerberatenden Berufen abwandern. Manchmal gewinnt man den Eindruck, die Steuerberater sind Hilfsorgane des Finanzamts.

Wir haben viel zu wenig Bürger, die volkswirtschaftlich denken. Die meisten denken und handeln nach dem Grundsatz: Alles, was mir Vorteile bringt, ist gut; was mir schadet, ist schlecht.